



Reitstallbesitzer Volker Neuhaus (links) und der Kreisverbandsvorsitzende Jürgen Schütz (hier auf dem Reithof Neuhaus in Mintard) sprechen sich klar gegen die Pferdesteuer in Mülheim aus.

Lokales

7. April 2026 | Seite 17

🕒 4 min.

Stallbesitzer wehren sich gegen Pferdesteuer-Pläne

CDU und SPD planen, eine Pferdesteuer in Mülheim einzuführen. Pferdewirte wollen das verhindern – und nennen mehrere Gründe, die dagegen sprechen.

Julian Lötte

Mülheim Ein Satz in dem [Sondierungspapier der CDU und der SPD](#) löst großen Unmut bei den Pferdewirten in Mülheim aus. „Wir prüfen die Einführung einer Pferdesteuer“, schreiben die beiden Fraktionen darin. [Die Bagatellsteuer soll eines der Mittel sein, um die große Haushaltslücke in Mülheim zu schließen](#). Die Pferdewirte halten erwartungsgemäß nicht viel von der Idee.

„Die Einführung einer Pferdesteuer wird unmittelbare und schwerwiegende negative Folgen für die Pferdefreunde in Ihrer Region und somit

für die gesamte Stadt haben“, teilt Jürgen Schütz, Vorsitzender des Kreisverbands der Pferdesportvereine Mülheim/Oberhausen, den Ratsmitgliedern in einem drei Seiten langen Schreiben mit. Bis der Rat die Einführung einer Pferdesteuer tatsächlich beschließen könnte, fehlen noch einige Schritte.

Keine Kommune in NRW erhebt die Pferdesteuer

Die Pferdewirte in Mülheim wollen sich aber frühzeitig gegen die Pläne positionieren, wie Jürgen Schütz und [Volker Neuhaus in dem Casino auf dessen Pferdehof in Mintard](#) im Gespräch mit dieser Redaktion deutlich machen. Aus ihrer Sicht sprechen mehrere Gründe gegen die Einführung. Satte 14 hat Schütz in seinem Schreiben aufgeführt.

Schütz und Neuhaus befürchten etwa eine „Wettbewerbsverzerrung“ im Vergleich mit anderen Gemeinden. „Kein Pferdehalter wird sein Pferd in einem Stadtgebiet unterbringen, in dem die Pferdesteuer eingeführt wurde“, heißt es in dem Schreiben. Sie würden ihre Pferde in den Nachbargemeinden einstellen, die keine Pferdesteuer erheben.

In Nordrhein-Westfalen könnte die Auswahl größer nicht sein: Noch erhebt keine einzige Kommune die Steuer. Sollte sie in Mülheim dagegen eingeführt werden, wäre „das Ende der Reitvereine und Betriebe in der Stadt Mülheim an der Ruhr die Folge“, befürchtet Schütz.

Besonders die Betriebe an den Stadtgrenzen in Mintard oder Dümpten wären wohl von einer Abwanderungsbewegung bedroht – darunter der von Neuhaus. Sein Hof an der Ruhrtalbrücke, auf dem rund 100 Pferde stehen, liegt nur knapp [einen Kilometer von der Essener Stadtgrenze entfernt](#), kaum weiter ist es bis nach Ratingen. „Je nachdem, wie hoch die Steuer ist, werden sich die Leute darüber Gedanken machen, in andere Städte umzustellen. Das wäre für unsere Standorte ein riesiger Nachteil“, sagt der 70-Jährige. Eigentlich, findet Neuhaus, müsste die Politik die Pferdehaltung fördern, damit mehr Menschen ihre Pferde auf den Höfen in Mülheim einstellen.

„Durch die Reitabgaben, Futter und Equipment, das im Reitsportladen eingekauft wird, entstehen auch Vorteile. Davon profitieren die Unternehmen vor Ort und damit auch die Stadt“, erklärt Neuhaus. „Das sind Faktoren, die im ersten Moment nicht auffallen, aber auch Geld einbringen.“

Und es sei schließlich kein Zufall, dass bis auf eine Gemeinde keine Kommune die Steuer eingeführt habe – „aus gutem Grund“, wie Schütz findet. Allein die [hessische 6000-Einwohner-Gemeinde Schlangenbad erhebt derzeit jährlich 200 Euro pro Pferd](#), das zur Freizeitgestaltung gehalten wird. Zwei weitere Gemeinden, die die Pferdesteuer einst eingeführt hatten, haben sie bereits wieder abgeschafft. In Schleswig-Holstein ist sie sogar verboten. In Reutlingen in Baden-Württemberg wird derzeit wie in Mülheim über das Thema diskutiert, der Gemeinderat der Stadt hat die Einführung der Steuer kürzlich beschlossen und prüft nun eine mögliche Umsetzung.

„Der Nutzen ist mehr als fraglich“, teilt Schütz den Ratsmitgliedern in seinem Schreiben mit. Der Verwaltungsaufwand gilt als hoch, der Ertrag im Vergleich dazu als gering. Er macht folgende Rechnung auf: Erhebt die Stadt für die mindestens 1000 Pferde in Mülheim [jeweils 200 Euro im Jahr](#), würden rund 200.000 Euro zusammenkommen. Da für die Verwaltung in den verschiedenen Ämtern aus seiner Sicht mindestens eine Vollzeitkraft mit einem Jahresgehalt von geschätzt 60.000 Euro nötig wäre, bliebe am Ende aber nicht mehr viel über. „Das ist totaler Quatsch und gibt nur Ärger“, betont Schütz.

Die SPD wirft sogar eine Summe von einem Euro pro Tag – also 365 Euro im Jahr – in den Raum. Dass die Idee, die Steuer einzuführen, bei dem ein oder anderen Wähler möglicherweise gut ankommt, wissen der Kreisverbandsvorsitzende und der Pferdehofbetreiber. Neuhaus weist die Überlegung aber als „Neidsteuer“ zurück.

Den Eindruck, Reitsport sei Menschen mit höherem Einkommen vorbehalten, wollen die beiden so nicht stehen lassen. „Es wird teilweise so getan, als wäre die Pferdesteuer eine Luxussteuer“, sagt Neuhaus. „Es ist

aber vor allem ein Breitensport, der für die vielen Mädchen und alleinstehenden Menschen, die an ihrem Pferd hängen, wichtig ist.“ Wie Schütz in seinem Brief schreibt, haben viele Pferdebesitzer wegen der Anpassung der Tierarztgebühren und der Inflation bereits „erhebliche Schwierigkeiten“ und wären im Falle einer Pferdesteuer kaum noch in der Lage, ihr Pferd weiterhin zu finanzieren.

Welle von Klagen bei Einführung „unausweichlich“

Reitvereine und Pferdebetriebe würde die Stadt in ihren Augen gleich „doppelt bestrafen“. Für die Unterbringung von Pensionspferden gilt seit 2023 ein höherer Umsatzsteuersatz: Statt sieben werden 19 Prozent fällig. „Die pferdehaltenden Vereine bzw. Betriebe haben nicht die Möglichkeit, diese höhere Steuerlast durch Kostenreduzierung aufzufangen.“

Die Einführung der Pferdesteuer in Mülheim ist längst nicht beschlossen. Zunächst müssen die Umsetzung geprüft und die Rahmenbedingungen geklärt werden. [Am Ende müsste auch das Land sein Einverständnis geben](#). Sollte der Rat die Steuer aber tatsächlich beschließen, sei eine Welle von Klagen wie in den anderen Gemeinden laut Schütz „unausweichlich“.